

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XIX
1. Teil. Zur Bearbeitung öffentlich-rechtlicher Klausuren	1
2. Teil. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts	5
1. Abschnitt. Das Urteil	5
§ 1. Übersicht	5
§ 2. Das Rubrum	5
I. Einleitung	5
II. Die Beteiligten	6
1. Die Bezeichnung der Beteiligten	6
2. Die einzelnen Beteiligten	6
3. Rechtsträger- und Behördenprinzip	8
III. Die Bezeichnung des Streitgegenstandes	10
IV. Die Bezeichnung des Gerichts	10
V. Muster eines Rubrums	11
§ 3. Der Tenor	12
I. Allgemeines	12
II. Tenorierungsbeispiele	12
§ 4. Der Tatbestand	31
I. Grundsätzliches	31
II. Der Aufbau des Tatbestandes	32
1. Übersicht	32
2. Der Einleitungssatz	33
3. Feststehender Sachverhalt	33
4. Die Verfahrensgeschichte	34
5. Die Klageerhebung	35
6. Das Klägervorbringen	35
7. Der Klägerantrag	36
8. Der Beklagtenantrag	38
9. Das Beklagtenvorbringen	38
10. Der Beigeladenenantrag und das Beigeladenenvorbringen	38
11. Repliken und Dupliken	38
12. Die Prozessgeschichte	38
13. Der Schlusssatz	40
§ 5. Die Entscheidungsgründe	40
I. Grundsätzliches	40
1. Der Urteilsstil	40
2. Die Rechtsansichten der Beteiligten	41
3. Aufbau und Subsumtion	42
4. Die Darstellung von Meinungsstreiten	43
5. Richtige Schwerpunktbildung	44
6. Die Beweiswürdigung	45
II. Die Erörterung spezieller Prozessfragen	45
III. Auslegung des Klagebegehrens und Klageänderung	47
1. Die Ermittlung des Klagebegehrens	47
2. Die Klageänderung	49

IV. Die Bekanntgabe des Ergebnisses	51
V. Die Zulässigkeit der Klage	51
1. Allgemeines	51
a) Zur Notwendigkeit von Ausführungen	51
b) Objektive und subjektive Klagehäufung	52
c) Zur Reihenfolge der Prüfung	53
2. Der Verwaltungsrechtsweg	53
a) Zur Notwendigkeit von Ausführungen	53
b) Verwaltungsrechtsweg kraft rechtswegüberschreitender Sachkompetenz	54
c) Bedeutung des § 17 a GVG	55
d) Formulierungsbeispiel	57
e) Abgrenzung zum Zivilrechtsweg	58
f) Nichtverfassungsrechtliche Streitigkeit	62
g) Aufdrängende Sonderzuweisungen	62
h) Sonderzuweisung für Justizverwaltungsakte	63
i) Abdrängende Sonderzuweisung nach Landesrecht	64
j) Die Rechtswegzuweisung nach § 40 Abs. 2 Satz 1 VwGO	65
k) Aufrechnung mit einer rechtswegfremden Forderung	67
3. Ordnungsgemäße Klageerhebung	68
a) Die Form der Klageerhebung	68
b) Der Inhalt der Klageschrift	70
c) Bedingungslosigkeit der Klageerhebung	70
4. Die statthafte Klageart	71
a) Die Anfechtungsklage	71
b) Die Verpflichtungsklage	81
c) Die allgemeine Leistungsklage	82
d) Die Fortsetzungsfeststellungsklage	83
e) Die Feststellungsklage	85
5. Die Klagebefugnis	89
a) Aktive Prozessführungsbefugnis	89
b) Möglichkeit einer subjektiven Rechtsverletzung	89
c) Anfechtungsklage	91
d) Verpflichtungsklage	95
e) Fortsetzungsfeststellungs-, Feststellungs- und Leistungsklage	96
f) Verfahrensvorschriften als subjektiv-öffentliche Rechte	97
g) Verwirkung der Klagebefugnis	97
h) Abweichende gesetzliche Regelungen	98
6. Das Rechtsschutzbedürfnis	100
a) Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Leistungsklage	100
b) Feststellungs- und Fortsetzungsfeststellungsklage	101
7. Die ordnungsgemäße Durchführung des Vorverfahrens	104
a) Erforderlichkeit des Vorverfahrens	104
b) Gesetzliche Ausnahmen von der Erforderlichkeit des Vorverfahrens	104
c) Der Fortsetzungsfeststellungswiderspruch	105
d) Sacheinlassung durch den Beklagten	106
e) Verzicht auf die Durchführung des Vorverfahrens	108
f) Sachentscheidung durch Widerspruchsbehörde trotz Verfristung ..	108
g) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	108
h) Die Untätigkeitsklage	109
8. Die Einhaltung der Klagefrist	110
a) Die Klagefrist	110
b) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	114
c) Keine Klagefrist bei vorprozessual erledigten Verwaltungsakten ..	116
9. Die Beteiligungs- und Prozessfähigkeit	116
10. Ordnungsgemäße Vertretung	117
11. Die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts	117
VI. Die Begründetheit der Klage	118

1. Die Aktiv- und Passivlegitimation	118
2. Die Begründetheit der Anfechtungsklage	121
a) Gegenstand der Anfechtungsklage	121
b) Der Obersatz	122
c) Die Benennung der Rechtsgrundlage	123
d) Die Wirksamkeit der Rechtsgrundlage	124
e) Die Prüfung der formellen Rechtmäßigkeit	126
f) Die Prüfung der materiellen Rechtmäßigkeit	127
g) Formulierungsbeispiel zur Begründetheitsprüfung	139
h) Die reformatio in peius	141
3. Die Begründetheit der Verpflichtungsklage	147
a) Der Obersatz	147
b) Die Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen	147
c) Maßgeblicher Zeitpunkt der Sach- und Rechtslage	148
d) Herstellung der Spruchreife	149
e) Subjektive Rechtsverletzung	150
f) Formulierungsbeispiele	150
4. Die Begründetheit der Leistungsklage	151
a) Folgenbeseitigungsanspruch/öffentlich-rechtlicher Abwehr- anspruch/öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch	151
b) Der öffentlich-rechtliche Erstattungsanspruch	152
5. Die Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	152
6. Die Begründetheit der Feststellungsklage	154
VII. Die Begründung der Nebenentscheidungen	155
§ 6. Rechtsmittelbelehrung und Unterschriften der Richter	157
§ 7. Der Streitwertbeschluss	158
2. Abschnitt. Der Gerichtsbescheid	159
3. Abschnitt. Der Beschluss im vorläufigen Rechtsschutzverfahren	160
§ 8. Allgemeines	160
§ 9. Der Aufbau des Beschlusses	162
§ 10. Das Rubrum	162
§ 11. Der Tenor	163
I. Allgemeines	163
II. Tenorierungsbeispiele	164
§ 12. Die Gründe	175
I. Die Darstellung des Sach- und Streitstandes	175
II. Die rechtliche Würdigung	177
§ 13. Rechtsmittelbelehrung und Unterschriften der Richter	178
§ 14. Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	179
I. Einleitung	179
II. Die Zulässigkeitsprüfung	179
III. Die Begründetheitsprüfung	180
1. Der richtige Antragsgegner	180
2. Die formelle Rechtmäßigkeit der Anordnung der sofortigen Vollzie- hung	181
a) Das Begründungserfordernis nach § 80 Abs. 3 Satz 1 VwGO	181
b) Anhörung vor der Anordnung der sofortigen Vollziehung?	183
3. Die materielle Begründetheit	183
a) Der Prüfungsumfang des Gerichts	183
b) Die Prüfung der offensichtlichen Rechtmäßigkeit des VA	185
c) Das besondere Vollzugsinteresse	186
d) Formulierungsbeispiel	187
§ 15. Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung	190
I. Der Anwendungsbereich des § 80 Abs. 5 Satz 1 1. Alt. VwGO	190
II. Die Prüfung des Antrags auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung ..	192

1. Die Zulässigkeitsprüfung	192
2. Die Begründetheitsprüfung	193
3. Formulierungsbeispiel	194
§ 16. Die gerichtliche Feststellung der aufschiebenden Wirkung bei faktischer Vollziehung des VA	195
I. Statthafte Antragsart	195
II. Der Aufbau des Beschlusses	195
III. Formulierungsbeispiel	196
§ 17. Das vorläufige gerichtliche Rechtsschutzverfahren beim VA mit Doppelwirkung	198
I. Einleitung	198
II. Das vorläufige Rechtsschutzverfahren mit dem Ziel der Anordnung der aufschiebenden Wirkung	198
1. Die Zulässigkeitsprüfung	199
2. Die Begründetheitsprüfung	199
3. Formulierungsbeispiel	200
III. Das vorläufige Rechtsschutzverfahren mit dem Ziel der Aufhebung der Anordnung der sofortigen Vollziehung	201
1. Die Zulässigkeitsprüfung	201
2. Die Begründetheitsprüfung	202
3. Formulierungsbeispiel	202
IV. Das vorläufige Rechtsschutzverfahren mit dem Ziel der Anordnung der sofortigen Vollziehung	203
1. Der gerichtliche Entscheidungsmaßstab	203
2. Formulierungsbeispiel für einen Antrag nach § 80 a Abs. 3 i. V. m. Abs. 1 Nr. 1 VwGO	203
3. Formulierungsbeispiel für einen Antrag nach § 80 a Abs. 3 i. V. m. Abs. 2 VwGO	204
§ 18. Die Aufhebung der Vollziehung nach § 80 Abs. 5 Satz 3 VwGO	205
§ 19. Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO	206
I. Allgemeines	206
1. Typische Klausurthemen	206
2. Das Verfahren nach § 123 VwGO	206
II. Der Aufbau des Beschlusses nach § 123 VwGO	207
1. Die Zulässigkeitsprüfung	207
2. Die Begründetheitsprüfung	208
a) Der richtige Antragsgegner	208
b) Unterscheidung von Sicherungsanordnung und Regelungsanordnung	208
c) Glaubhaftmachung von Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund	209
d) Keine Vorwegnahme der Hauptsache	211
e) Reihenfolge der Prüfung	211
f) Der rechtliche Prüfungsmaßstab	212
g) Formulierungsbeispiel für eine Regelungsanordnung	215
§ 20. Das Abänderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO	216
4. Abschnitt. Sonstige Beschlüsse des Verwaltungsgerichts	218
§ 21. Der Beschluss bei übereinstimmender Erledigung der Hauptsache	218
I. Das Verfahren bei übereinstimmender Erledigungserklärung	218
II. Der Aufbau des Beschlusses	218
III. Formulierungsbeispiel	219
§ 22. Die Vorabentscheidung über die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges	220
I. Voraussetzungen für eine Vorabentscheidung	220
II. Der Aufbau des Beschlusses	221
III. Formulierungsbeispiel für einen Verweisungsbeschluss	221

§ 23. Der Vorlagebeschluss	223
I. Der Vorlagebeschluss an das BVerfG	223
II. Der Vorlagebeschluss an den EuGH	224
§ 24. Der Prozesskostenhilfebeschluss	225
I. Allgemeines	225
II. Aufbau des Beschlusses	226
III. Formulierungsbeispiel	227
3. Teil. Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts	231
1. Abschnitt. Das Normenkontrollurteil nach § 47 VwGO	231
§ 25. Allgemeines	231
§ 26. Das Rubrum	231
§ 27. Der Tenor	232
§ 28. Der Tatbestand	233
§ 29. Die Entscheidungsgründe	233
I. Die Zulässigkeit des Normenkontrollantrags	233
1. Die Statthaftigkeit des Antrags	233
2. Zuständigkeit des Oberverwaltungsgerichts	235
3. Partei- und Prozessfähigkeit	235
4. Die Antragsbefugnis	236
5. Das Rechtsschutzinteresse	240
6. Form und Frist	240
II. Die Begründetheit des Normenkontrollantrags	241
1. Allgemeines	241
2. Die Passivlegitimation	242
3. Die formelle Wirksamkeit der Rechtsnorm	242
a) Kommunalrechtliche Verstöße beim Zustandekommen des Bebauungsplans	243
b) Ordnungsgemäße Ausfertigung des Bebauungsplans	243
c) Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials	244
d) Sonstige formelle Fehler	246
e) Beachtlichkeit der Verfahrensfehler	247
4. Die materielle Wirksamkeit der Rechtsnorm	248
5. Die Nebenentscheidungen	249
§ 30. Die Rechtsmittelbelehrung	249
§ 31. Die Streitwertfestsetzung	249
§ 32. Formulierungsbeispiel	249
2. Abschnitt. Der Normenkontrollbeschluss nach § 47 VwGO	251
3. Abschnitt. Die einstweilige Anordnung im Normenkontrollverfahren	252
4. Abschnitt. Das Berufungszulassungsverfahren	253
§ 33. Allgemeines	253
§ 34. Das Rubrum	254
§ 35. Der Tenor	254
§ 36. Die Gründe	255
I. Die Darstellung des Sach- und Streitstandes	255
II. Die rechtliche Würdigung	256
1. Die Zulässigkeit des Berufungszulassungsantrages	256
a) Die Statthaftigkeit des Antrags	256
b) Die Form des Zulassungsantrags	256
c) Einhaltung der Antragsfrist	257
d) Beschwer	257
e) Darlegung der Zulassungsgründe	258
2. Die Begründetheit des Zulassungsantrags	259
a) Der Zulassungsgrund des § 124 Abs. 2 Nr. 1 VwGO	260
b) Der Zulassungsgrund des § 124 Abs. 2 Nr. 2 VwGO	262

c) Die Zulassungsgründe des § 124 Abs. 2 Nr. 3 und Nr. 4 VwGO	263
d) Der Zulassungsgrund des § 124 Abs. 2 Nr. 5 VwGO	264
3. Die Nebenentscheidungen	265
§ 37. Die Rechtsmittelbelehrung	265
§ 38. Formulierungsbeispiel	265
5. Abschnitt. Die Beschwerde	268
§ 39. Allgemeines	268
§ 40. Das Rubrum	268
§ 41. Der Tenor	268
§ 42. Die Gründe	269
I. Die Darstellung des Sach- und Streitstandes	269
II. Die rechtliche Würdigung	269
1. Die Zulässigkeit der Beschwerde	269
2. Die Begründetheit der Beschwerde	271
§ 43. Formulierungsbeispiel	272
6. Abschnitt. Berufung und Revision	276
4. Teil. Die verwaltungsbehördlichen Entscheidungen	279
1. Abschnitt. Der Widerspruchsbescheid	279
§ 44. Allgemeines	279
§ 45. Der Eingangsteil	280
I. Der Eingangsteil in der Bescheidform	280
II. Der Eingangsteil in der Beschlussform	281
§ 46. Der Tenor	282
I. Allgemeines	282
II. Tenorierungsbeispiele	282
§ 47. Die Sachverhaltsdarstellung	287
§ 48. Die rechtliche Würdigung	288
I. Übersicht	288
II. Die Bekanntgabe des Ergebnisses	289
III. Die Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde	289
IV. Die Zulässigkeit des Widerspruchs	290
1. Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges	291
2. Die Statthaftigkeit des Widerspruchs	291
3. Die Widerspruchsbefugnis	292
4. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen	292
5. Das allgemeine Widerspruchsinteresse	292
6. Form und Frist des Widerspruchs	292
V. Die Begründetheit des Anfechtungswiderspruchs	295
1. Die formelle Rechtmäßigkeit des Ausgangsbescheids	295
a) Zur Notwendigkeit von Ausführungen	295
b) Zuständigkeit der Ausgangsbehörde	295
c) Anhörung vor Erlass des Verwaltungsakts	295
d) Die Begründung des Verwaltungsakts	297
e) Die Bekanntgabe des Verwaltungsakts	297
2. Die materielle Rechtmäßigkeit des Ausgangsbescheids	298
3. Die Einschränkung der Prüfungskompetenz der Widerspruchsbehörde	300
4. Die reformatio in peius	303
5. Die Anordnung bzw. Aussetzung der sofortigen Vollziehung	303
VI. Die Begründetheit des Verpflichtungswiderspruchs	305
1. Die Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen	305

2. Die Einschränkung der Prüfungskompetenz der Widerspruchsbehörde	305
3. Die reformatio in peius	307
VII. Die Begründung der Kostenentscheidung	307
§ 49. Die Rechtsbehelfsbelehrung	307
§ 50. Die Begleitverfügungen	308
§ 51. Formulierungsbeispiel	310
2. Abschnitt. Der Abhilfebescheid	313
§ 52. Grundsätzliches	313
§ 53. Die Gestaltung des Abhilfebescheids	316
§ 54. Formulierungsbeispiel	316
3. Abschnitt. Der Vorlagebericht	319
§ 55. Grundsätzliches	319
§ 56. Formulierungsbeispiel	320
4. Abschnitt. Der Ausgangsbescheid	322
§ 57. Einführung	322
§ 58. Der Eingangsteil	323
§ 59. Der Tenor des Bescheids	324
I. Grundsätzliches	324
II. Der Hauptausspruch	325
III. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung	326
IV. Die Androhung von Zwangsmitteln	326
V. Die Kostenentscheidung	328
§ 60. Die Begründung des Bescheids	329
I. Funktion der Begründung	329
II. Die Sachverhaltsdarstellung	329
III. Die rechtliche Würdigung	329
1. Die Begründung der Hauptentscheidung	329
2. Die Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung	331
3. Die Androhung von Zwangsmitteln	331
4. Die Begründung der Kostenentscheidung	331
§ 61. Rechtsbehelfsbelehrung und Schlussformel	332
§ 62. Formulierungsbeispiel	332
5. Teil. Das öffentlich-rechtliche Gutachten	337
§ 63. Grundsätzliches	337
§ 64. Der Aufbau des öffentlich-rechtlichen Gutachtens	338
§ 65. Das Hilfgutachten	340
6. Teil. Die öffentlich-rechtliche Anwaltsklausur	343
§ 66. Übersicht	343
§ 67. Anwaltsgutachten und Mandantenschreiben	345
I. Allgemeines	345
II. Der Aufbau des Anwaltsgutachtens	346
1. Die Sachverhaltsdarstellung	346
2. Die rechtliche Würdigung	347
3. Formulierungsbeispiel für ein Anwaltsgutachten	348
III. Das Mandantenschreiben	350
1. Inhalt des Mandantenschreibens	350
2. Formulierungsbeispiel für ein Mandantenschreiben	350
§ 68. Entwurf einer Klageschrift	352
I. Der Eingangsteil	352

II. Die Klagebegründung	354
1. Die Sachverhaltsdarstellung	354
2. Die rechtliche Würdigung	356
III. Formulierungsbeispiel	359
§ 69. Entwurf eines vorläufigen Rechtsschutzgesuchs	362
I. Allgemeines	362
II. Formulierungsbeispiel	363
§ 70. Entwurf einer Klage- oder Antragserwiderung	366
I. Allgemeines	366
II. Formulierungsbeispiel	366
§ 71. Entwurf einer Rechtsmittelbegründungsschrift	369
I. Die Berufungszulassungsschrift	369
1. Allgemeines	369
2. Formulierungsbeispiel	371
II. Die Beschwerdeschrift	373
1. Allgemeines	373
2. Formulierungsbeispiel	374
§ 72. Entwurf eines Widerspruchsschreibens	378
I. Allgemeines	378
II. Formulierungsbeispiel	378
§ 73. Entwurf von Rechtssätzen	380
I. Allgemeines	380
II. Formulierungsbeispiel	381
§ 74. Entwurf eines Vertrages	382
I. Allgemeines	382
II. Beispiel	383
§ 75. Entwurf eines Vergleichsvorschlags	385
I. Allgemeines	385
II. Formulierungsbeispiel	386
7. Teil. Der öffentlich-rechtliche Aktenvortrag	389
§ 76. Die Bedeutung des Aktenvortrags	389
§ 77. Der öffentlich-rechtliche Aktenvortrag in der Prüfung	390
I. Gegenstand des öffentlich-rechtlichen Aktenvortrags	390
II. Die Vorbereitung auf den Aktenvortrag	390
III. Der Vortrag in der mündlichen Prüfung	391
§ 78. Der Aufbau des öffentlich-rechtlichen Aktenvortrags	391
I. Die Einleitung	392
II. Die Sachverhaltsschilderung	392
III. Die rechtliche Würdigung	393
IV. Der konkrete Entscheidungsvorschlag	394
§ 79. Formulierungsbeispiel	394
8. Teil. Arbeitshilfen – Aufbauschemata zu den verschiedenen Aufgabenstellungen ...	401
§ 80. Entscheidungen des Verwaltungsgerichts im Hauptsacheverfahren	401
I. Die einzelnen Sachentscheidungsvoraussetzungen	401
II. Die einzelnen Klagearten	402
1. Die Anfechtungsklage	402
a) Zulässigkeit der Anfechtungsklage	402
b) Begründetheit der Anfechtungsklage	402
2. Die Verpflichtungsklage	403
a) Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	403
b) Begründetheit der Verpflichtungsklage	403

3. Die Leistungsklage	404
a) Zulässigkeit der Leistungsklage	404
b) Begründetheit der Leistungsklage	404
4. Die Fortsetzungsfeststellungsklage	404
a) Zulässigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage	404
b) Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	404
5. Die Feststellungsklage	405
a) Zulässigkeit der Feststellungsklage	405
b) Begründetheit der Feststellungsklage	405
§ 81. Entscheidungen des Verwaltungsgerichts im vorläufigen Rechtsschutzverfahren	405
I. Die einzelnen Sachentscheidungs Voraussetzungen	405
II. Die einzelnen Antragsarten	406
1. Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 5 Satz 1 2. Alt. VwGO	406
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80 Abs. 5 Satz 1 2. Alt. VwGO ..	406
b) Begründetheit des Antrags nach § 80 Abs. 5 Satz 1 2. Alt. VwGO ..	406
2. Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 5 Satz 1 1. Alt. VwGO	406
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80 Abs. 5 Satz 1 1. Alt. VwGO ..	406
b) Begründetheit des Antrags nach § 80 Abs. 5 Satz 1 1. Alt. VwGO ..	407
3. Die Feststellung der aufschiebenden Wirkung bei faktischer Vollziehung des VA	407
a) Zulässigkeit des Antrags analog § 80 Abs. 5 Satz 1 oder 3 VwGO ..	407
b) Begründetheit des Antrags analog § 80 Abs. 5 Satz 1 oder 3 VwGO ..	407
4. Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung zugunsten des Dritten beim VA mit Doppelwirkung	408
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80 a Abs. 3 VwGO	408
b) Begründetheit des Antrags nach § 80 a Abs. 3 VwGO	408
5. Die Aufhebung der Anordnung der sofortigen Vollziehung des VA zugunsten des Dritten beim VA mit Doppelwirkung	408
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80 a Abs. 3 Satz 1 i. V. m. Abs. 1 Nr. 1 VwGO	408
b) Begründetheit des Antrags nach § 80 a Abs. 3 Satz 1 i. V. m. Abs. 1 Nr. 1 VwGO	408
6. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung beim VA mit Doppelwirkung zugunsten des Begünstigten	409
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80 a Abs. 3 Satz 1 i. V. m. Abs. 1 Nr. 1 VwGO	409
b) Begründetheit des Antrags nach § 80 a Abs. 3 Satz 1 i. V. m. Abs. 1 Nr. 1 VwGO	409
7. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung des VA mit Doppelwirkung zugunsten des Dritten	409
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80 a Abs. 3 Satz 1 i. V. m. Abs. 2 VwGO	409
b) Begründetheit des Antrags nach § 80 a Abs. 3 Satz 1 i. V. m. Abs. 2 VwGO	409
8. Die Aufhebung der Vollziehung nach § 80 Abs. 5 Satz 3 VwGO	410
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80 Abs. 5 Satz 3 VwGO	410
b) Begründetheit des Antrags nach § 80 Abs. 5 Satz 3 VwGO	410
9. Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO	410
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 123 VwGO	410
b) Begründetheit des Antrags nach § 123 VwGO	410
10. Das Abänderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO	411
a) Zulässigkeit des Abänderungsantrags	411
b) Begründetheit des Abänderungsantrags	411
§ 82. Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts	411
I. Die Normenkontrollentscheidung nach § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO	411
1. Zulässigkeit des Normenkontrollantrags	411

2. Begründetheit des Normenkontrollantrags	412
II. Die Normenkontrollentscheidung nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO	412
1. Zulässigkeit des Normenkontrollantrags	412
2. Begründetheit des Normenkontrollantrags	413
III. Die Berufungszulassung nach §§ 124, 124 a VwGO	413
1. Zulässigkeit des Antrags auf Zulassung der Berufung	413
2. Begründetheit des Antrags auf Zulassung der Berufung	413
IV. Die Beschwerde nach § 146 Abs. 1, 4 VwGO	414
1. Zulässigkeit der Beschwerde	414
2. Begründetheit der Beschwerde	414
§ 83. Entscheidungen im Verwaltungsverfahren	414
I. Der Widerspruchsbescheid	414
1. Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde	414
2. Zulässigkeit des Widerspruchs	414
3. Begründetheit des Anfechtungswiderspruchs	415
4. Begründetheit des Verpflichtungswiderspruchs	415
II. Der Ausgangsbescheid	416
1. Zuständigkeit der Ausgangsbehörde zum Erlass des Bescheids	416
2. Der belastende Verwaltungsakt	416
3. Der (begehrte) begünstigende Bescheid	416
Sachverzeichnis	419